

Bildung als zentrales Wahlkampfthema

Utl: Zehn Fragen zur Bildung an die Politik

Zehn klare Fragen verlangen zehn klare Antworten. Und zwar noch vor der Wahl. Das ist die unmissverständliche Kernbotschaft eines Briefes, den prominente Repräsentanten des Bildungsvolksbegehrens an amtierende Regierungsmitglieder, Klubobleute, Bildungssprecher und die Vorsitzenden der wahlwerbenden Parteien richten.

Damit wird den Ankündigungen der Initiatoren des Bildungsvolksbegehrens Nachdruck verliehen, bei den kommenden Nationalratswahlen eine umfassende Bildungsreform zu einem zentralen Thema zu machen.

Im Schreiben werden die unerträglichen Zustände in nahezu allen Bildungsbereichen aufrüttelnd bewusst gemacht:

Das österreichische Bildungssystem

- entspricht weder den Anforderungen der Zeit noch jener der Zukunft
- ist rückständig und veraltet
- ignoriert neue, bedeutsame, pädagogische wie neurowissenschaftliche Erkenntnisse
- lässt die Bedürfnisse der wachsenden Zahl berufstätiger Mütter weitgehend unberücksichtigt
- unternimmt nichts gegen die wachsende Belastung der Familienbudgets durch die Millionenkosten von Nachhilfestunden, nichts gegen die harträckige Blockierungspolitik führender Lehrgewerkschafter

„Es ist unerträglich“, schreiben die Verfasser des Briefes, „dass bei uns beinahe ein Drittel der Fünfzehnjährigen nicht sinnerfassend lesen kann, dass 79.500 junge Menschen bis zum 24. Lebensjahr keinen Schulabschluss oder nur einen Pflichtschulabschluss besitzen und oft auch keinen Job haben.“

Politischen Parteien und wahlwerbenden Gruppen, die sich seit einiger Zeit mit Forderungen zur direkten Demokratie überbieten, wird in Erinnerung gebracht, dass das Bildungsvolksbegehren von rund 400.000 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wurde, dass das Parlament durch die Einsetzung eines „Besonderen Ausschusses“ das Ergebnis respektiert hat, sich aber letztendlich doch wieder die „Blockierer“ durchsetzen konnten und dieser starken demokratischen Willensäußerung das übliche Ende großkoalitionären Reformmutes bereiteten.

Ernsthaftigkeit und Bedeutung des Briefes ist durch die eigenhändige Unterschrift der Verfasser und Verfasserinnen dokumentiert, die einen attraktiven Querschnitt durch die breit aufgefächerte Gruppe der Initiatoren des Bildungsvolksbegehrens bilden:

Niki Glattauer, Lehrer und Schriftsteller

Erwin Greiner, erfahrener AHS-Direktor, „BildungGrenzenlos“

Raphaella Keller, Vorsitzende der Berufsgruppe von Kindergarten- und HortpädagogInnen Wien

Christa Koenne, erfahrene AHS-Direktorin und Lehrbeauftragte an mehreren Universitäten

Daniel Landau, Gymnasiallehrer, Obmann der Plattform „Zukunft.Bildung“

Beppo Mauhart, Verein Bildungsinitiative, Ehrenpräsident des Österreichischen Fußballbundes

Bernd Schilcher, ehem. Landesschulratspräsident und Vorsitzender der Expertengruppe der BM Schmied

Heidi Schrodtr, erfahrene AHS-Direktorin, Vorsitzende „BildungGrenzenlos“

Christiane Spiel, Vorstand des Instituts für Wirtschafts- und Bildungspsychologie der Uni Wien

Gundi Wentner, Personal- und Unternehmensberatung

und selbstverständlich jene von Hannes Androsch, dem Initiator des Volksbegehrens.

Die Verfasser des Briefes weisen darauf hin, dass Österreich bei allen internationalen Tests seit Jahren ständig aufgefordert wird, sein Bildungssystem zu modernisieren. Auch wenn es in der Vergangenheit Bemühungen dazu gegeben hat, führten sie doch nur zu kleinen Schritten. Weitere Versäumnisse hinzunehmen ist zukunftsgefährdend für unsere Jugend und für ganz Österreich. Die kommende Nationalratswahl ist eine Chance, dieser Gefahr massiv entgegenzuwirken. Daher wird von den wahlwerbenden Parteien eine klare Beantwortung der Fragen zu folgenden Themen eingefordert:

In Österreich können 28% der Fünfzehnjährigen nicht sinnerfassend lesen und 79.500 Jugendliche bis zum 24. Lebensjahr haben keine ausreichende Schulbildung und oftmals keinen Beruf. Wobei es gleichzeitig einen Mangel an qualifizierten Fachkräften gibt.

Frage 1: Was werden Sie gegen diese paradoxe Situation unternehmen?

In zwei Drittel der OECD Länder gibt es verschränkte Ganztagschulen, folgt man der Erkenntnis, dass die Trennung von neun- und zehnjährigen Kindern aus menschlichen, pädagogischen und auch wirtschaftlichen Überlegungen völlig unangebracht ist.

Frage 2: Wie stehen Sie zu dem Projekt „verschränkte Ganztagschule und gemeinsame Mittelstufe als Regelschule“?

Österreich hat 5.860 Schulen. Mehr als die Hälfte davon sind Klein- und Kleinstschulen, während in anderen Ländern größere Schulzentren üblich sind.

Frage 3: Was halten Sie von größeren Strukturen auch in unserem Land?

In vielen Ländern ist es längst zur Selbstverständlichkeit geworden, dass Lehrerinnen und Lehrer ihren Beruf ganztägig an den Schulen und zusammen mit den Kindern ausüben.

Frage 4: Wie stehen Sie dazu, dass LehrerInnen und SchülerInnen auch bei uns in der Regel von 8:30 bis 16:30 Uhr an den Schulen sind?

Künftig sollen alle Lehrerinnen und Lehrer – und hoffentlich sobald als möglich auch Kindergartenpädagogen und Kindergartenpädagoginnen – eine universitäre Ausbildung erhalten. Daher muss in Zukunft der Grundsatz gelten: Gleiche Besoldung für gleiche Ausbildung.

Frage 5: Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

Ein überproportional großer Anteil, der für Bildung zur Verfügung stehenden Mittel versickert in zu vielen Verwaltungsebenen. Gleichzeitig wird den Schulen der Gestaltungsspielraum und ihre Verantwortungsautonomie obrichkeitlich eingeschränkt.

Frage 6: Was werden Sie unternehmen, um Effektivität und Effizienz des Schulsystems zu steigern?

Universitäten sind bei uns vielfach unterdotiert, leiden unter mangelnder Planungssicherheit und unzureichenden Forschungs- und Arbeitsbedingungen.

Frage 7: Was wollen Sie tun, um diese Situation zu ändern und zu verbessern?

Die Statistik Austria hat dokumentiert, dass von den rund 280.000 Studierenden jährlich rund 100.000 so gut wie keine Prüfungen ablegen.

Frage 8: Was werden Sie gegen diese höchst unbefriedigende Situation unternehmen?

Ein großes Problem für die österreichische Bildungspolitik ist unser Föderalismus. Jedes Land hat unterschiedliche Angebote für Ganztagsplätze, unterschiedliche Öffnungszeiten sowie unterschiedliche Dienstrechte und Besoldungsregelungen.

Frage 9: a) Was werden Sie tun, um gleiche Bildungsbedingungen im Kindergarten für alle Kinder zu ermöglichen? b) Was werden Sie tun, damit die UN-Behinderten Konvention, die eine möglichst volle schulische Inklusion vorsieht, so wie zB in Südtirol (97%) auch in Österreich umgesetzt wird?

Für Schulen, Universitäten, Wissenschaft und Forschung, also für die Zukunft unserer Jugend werden nur elf Prozent der gesamten Budgetmittel aufgewendet.

Frage 10: Was werden Sie unternehmen, damit Schulen, Universitäten, Wissenschaft und Forschung eine für die Zukunft unseres Landes adäquate Beachtung in den öffentlichen Haushalt finden?

Die Verfasser des Briefes lassen abschließend keinen Zweifel aufkommen, dass sie mit den Reaktionen und Antworten auf ihre Fragen sehr öffentlichkeitswirksam umgehen werden. Für die Wählerinnen und Wähler bedeutet dies ein wertvolles Service für ihre persönliche Wahlentscheidung.

Rückfragen: Dr. Hannes Androsch: 01-586 10 54